



Hochwasserrisikomanagementplanung in NRW

Zusammenfassende Umwelterklärung im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung zum Hochwasserrisikomanagementplan des nordrhein-westfälischen Einzugsgebiets Maas

**gemäß § 44 Abs. 2 Gesetz über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**

Impressum:

Erstellt durch (Federführung)

Bezirksregierung Köln
Dezernat 54 - Wasserwirtschaft
50606 Köln
Fachliche Betreuung: Gertrud Schaffeldt, Katharina Ducke

Beiträge durch

Bezirksregierung Düsseldorf
Cecilienallee 2
40474 Düsseldorf

Landesweite Koordination

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Emilie-Preyer-Platz 1
40479 Düsseldorf
Fachliche Betreuung: Kerstin Menn

Bearbeitung

INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner, Darmstadt

Michelle Horn
Dr. Peter Heiland
Dr. Sandra Pennekamp



In Zusammenarbeit im Rahmen der landesweiten Umsetzung der HWRM-RL mit Hydrotec Ingenieurgesellschaft für Wasser und Umwelt mbH, Aachen

Lisa Friedeheim (Projektleitung)



22. Dezember 2021

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einführung.....	1
2	Erläuterung der Einbeziehung von Umwelterwägungen im Hochwasserrisiko- managementplan Maas.....	4
3	Berücksichtigung des Umweltberichts einschließlich der Stellungnahmen von Behörden und Öffentlichkeit	6
4	Begründung für die Annahme des Hochwasserrisikomanagementplans nach Abwägung mit den Alternativen	7
5	Aufstellung der Überwachungsmaßnahmen (Monitoring)	8

1 Einführung

Mit Inkrafttreten der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (HWRM-RL) am 26. November 2007 wurden die Mitgliedstaaten der EU verpflichtet, bis Dezember 2015 Hochwasserrisikomanagementpläne (HWRM-Pläne) aufzustellen und diese alle sechs Jahre zu überprüfen und erforderlichenfalls zu aktualisieren. Im Rahmen der Umsetzung der HWRM-RL werden bis Dezember 2021 die im 1. Zyklus veröffentlichten HWRM-Pläne für den 2. Zyklus fortgeschrieben. Die letzte gültige Version für das nordrhein-westfälische Einzugsgebiet der Maas ist der HWRM-Plan Maas NRW, veröffentlicht im Dezember 2015.

Der vorliegende HWRM-Plan gilt für den Zeitraum 2021 bis 2027 und umfasst den deutschen Anteil an der Internationalen Flussgebietseinheit Maas (s. Abbildung 1). HWRM-Pläne werden in Deutschland generell Bundesländer übergreifend für jede Flussgebietseinheit aufgestellt. Da der deutsche Anteil des Flussgebiets Maas lediglich in Nordrhein-Westfalen liegt, befasst sich der vorliegende HWRM-Plan mit der Flussgebietseinheit Maas in Nordrhein-Westfalen. Die Aktualisierung erfolgt somit in der Zuständigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen unter der Federführung der Bezirksregierung Köln, in enger Abstimmung mit der Bezirksregierung Düsseldorf. Der Gesamtprozess des HWRM wird dabei durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur – und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MULNV) gesteuert.

Die Bezirksregierungen sind eigenverantwortlich für die Überprüfung und Aktualisierung der Hochwasserrisikomanagementplanung gemäß den Anforderungen der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie für ihre jeweiligen Anteile am Einzugsgebiet der Maas zuständig. Die Bearbeitung orientiert sich an den hydrologischen Teileinzugsgebieten Maas Nord und Maas Süd (Abbildung 1). Einen Überblick der zuständigen Behörden nach Art. 3 Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie zeigt Tabelle 1.

Tabelle 1: Liste der zuständigen Behörden nach Art. 3 HWRM-RL

Zuständige Behörde	Adresse	Homepage
Bezirksregierung Köln (Federführung)	Zeughausstraße 2 – 10 50667 Köln	www.bezreg-koeln.nrw.de
Bezirksregierung Düsseldorf	Cecilienallee 2 40474 Düsseldorf	www.bezreg-duesseldorf.nrw.de
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (Koordinierung)	Emilie-Preyer-Platz 1 40474 Düsseldorf	www.umwelt.nrw.de
Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Verbraucherschutz (Berichterstattung)	Leibnizstraße 10 45659 Recklinghausen	www.lanuv.nrw.de

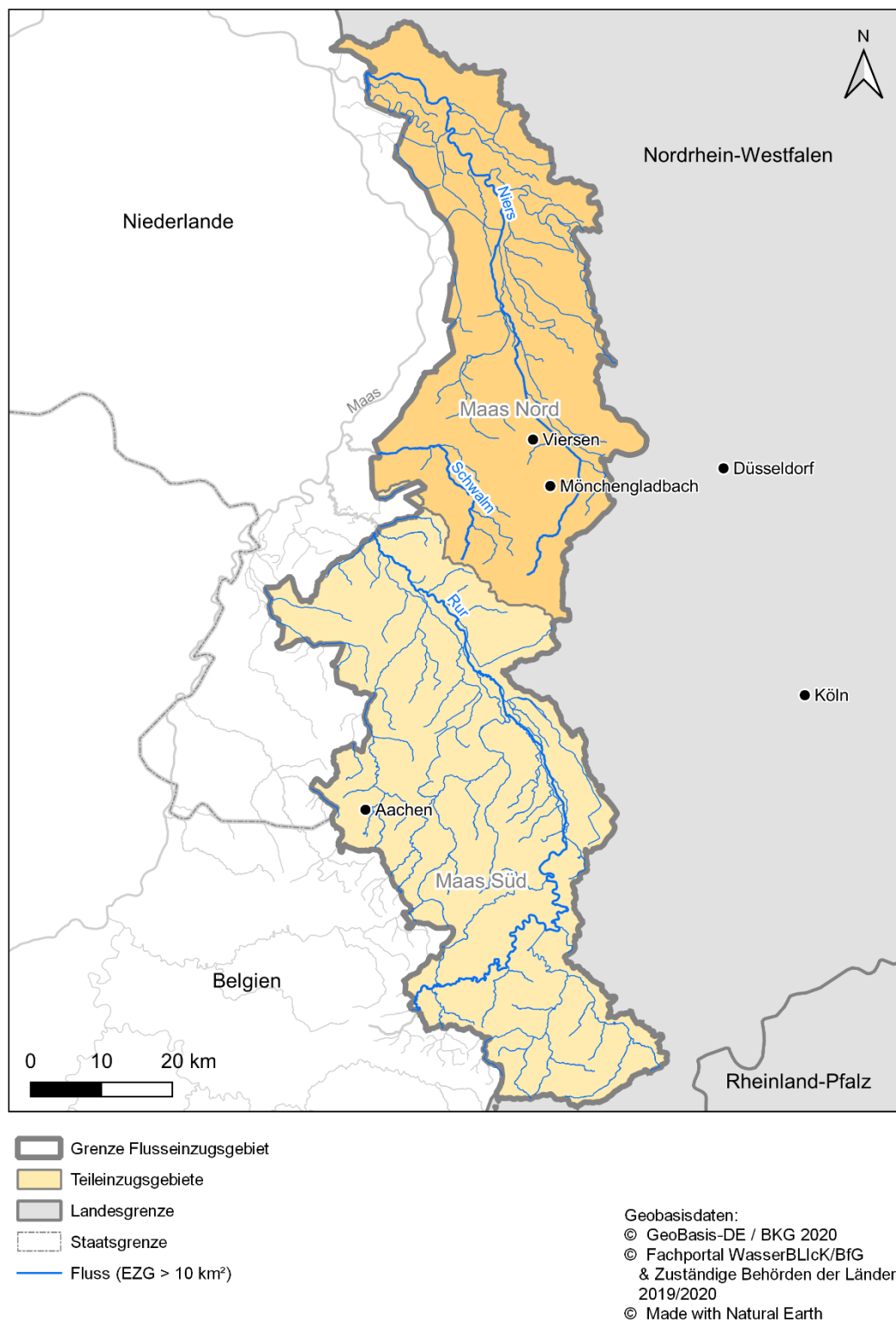


Abbildung 1: Übersicht über das nordrhein-westfälische Einzugsgebiet der Maas

Gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. Anlage 5 Nr. 1.3 UVPG ist für Hochwasserrisikomanagementpläne eine Strategische Umweltprüfung (SUP) durchzuführen: Diese Pflicht besteht auch für die Aktualisierung und Änderung der Hochwasserrisikomanagementpläne, soweit die Planänderungen erhebliche positive oder negative Umweltauswirkungen haben können. Damit wird gewährleistet, dass aus der Durchführung von Plänen und Programmen resultierende Umweltauswirkungen bereits bei der Ausarbeitung und vor der Annahme der Pläne bzw. Programme berücksichtigt werden. Da der Maßnahmentypenkatalog der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA), auf dessen Grundlage die Maßnahmenplanung basiert, um einen neuen Maßnahmentyp ergänzt wurde, wird für diese Fortschreibung eine SUP durchgeführt. Grundlage für diese SUP ist der Umweltbericht für den HWRM-Plan Maas im 1. Zyklus.

Der Entwurf des Hochwasserrisikomanagementplans Maas mit Umweltbericht wurde im Rahmen einer formellen Anhörung vom 22. März 2021 bis 22. Juni 2021 durch die zuständigen Behörden zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt und im Internet veröffentlicht. In diesem Zeitraum hatten die Öffentlichkeit, Behörden und interessierte Stellen Gelegenheit, sich zu den Entwürfen zu äußern. Dabei wurde auch der grenzüberschreitenden Beteiligung der Behörden und der Öffentlichkeit Rechnung getragen. Nach Abschluss der Beteiligungsphase haben die zuständigen Behörden den Entwurf des Hochwasserrisikomanagementplans Maas sowie – gemäß § 43 UVPG – die Darstellungen und Bewertungen im Entwurf des zugehörigen Umweltberichts aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen und Äußerungen überprüft. Die Ergebnisse dieser Überprüfung wurden im weiteren Verfahren der Aufstellung des Hochwasserrisikomanagementplans berücksichtigt.

Der Hochwasserrisikomanagementplan Maas wurde durch die zuständigen Bezirksregierungen Köln und Düsseldorf sowie in Abstimmung mit dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur – und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen im November 2021 beschlossen und anschließend im Sinne der Strategischen Umweltprüfung nach UVPG durch die zuständigen Behörden angenommen. Er wird ab dem 22. Dezember 2021 im Internet unter www.flussgebiete.nrw.de veröffentlicht sowie im Anschluss an die EU-Kommission berichtet. Die Fertigstellung und Annahme des Hochwasserrisikomanagementplans werden durch die zuständigen Behörden bekannt gemacht.

Zum angenommenen Hochwasserrisikomanagementplan gehört eine zusammenfassende Umwelterklärung, die gemäß § 44 Abs. 2 Nr. 2 UVPG mit dem Plan zur Einsicht auszulegen ist. Gegenstand dieser Erklärung sind Erläuterungen, wie Umwelterwägungen in den Hochwasserrisikomanagementplan einbezogen wurden, wie der Umweltbericht einschließlich der Stellungnahmen der Behörden und der Öffentlichkeit berücksichtigt wurde sowie die Darlegung der Auswahlgründe für den Hochwasserrisikomanagementplan. Diese Umwelterklärung wird hiermit vorgelegt. Neben der zusammenfassenden Umwelterklärung ist zum Hochwasserrisikomanagementplan mit Umweltbericht nach § 44 Abs. 2 Nr. 3 UVPG auch eine Aufstellung der Überwachungsmaßnahmen vorzulegen, dies ist ebenfalls Bestandteil des vorliegenden Dokuments.

2 Erläuterung der Einbeziehung von Umwelterwägungen im Hochwasserrisiko-managementplan Maas

Mit der Einführung der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie hat sich die Wasserpolitik der EU in Ergänzung zur Richtlinie 2000/60/EG vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (Wasser-rahmenrichtlinie, WRRL) die Aufgabe gestellt, einen Rahmen für die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken zur Verringerung bzw. Vermeidung der hochwasserbedingten nachteiligen Folgen auf die vier Schutzgüter

- menschliche Gesundheit,
- Umwelt,
- Kulturerbe und
- wirtschaftliche Tätigkeiten

in der Gemeinschaft zu schaffen.

Der Hochwasserrisikomanagementplan für das nordrhein-westfälische Einzugsgebiet Maas wird für die Gebiete aufgestellt, in denen nach der Überprüfung und Aktualisierung von Hochwasserrisikogebieten ein potenzielles signifikantes Hochwasserrisiko besteht (vgl. § 75 Abs. 1 WHG).

Die inhaltlichen Anforderungen an den Hochwasserrisikomanagementplan sind in § 75 WHG bzw. in Art. 7 und 14 sowie im Anhang der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie aufgeführt. Demnach berücksichtigt der Plan alle Aspekte des Hochwasserrisikomanagements. Dabei wird der Schwerpunkt auf die Verringerung potenzieller hochwasserbedingter nachteiliger Folgen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe und wirtschaftliche Tätigkeiten gelegt. Der Hochwasserrisikomanagementplan beinhaltet für die Flussgebietseinheit angemessene Ziele und Maßnahmen. Die Bearbeitung basiert auf der intensiven Zusammenarbeit aller relevanten Akteur*innen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich hochwasserrisikorelevante Aufgaben oder Maßnahmen haben.

Im Rahmen der Fortschreibung wurde der Hochwasserrisikomanagementplan bis zum 22. Dezember 2021 überprüft und erforderlichenfalls aktualisiert. Bei der Überprüfung wurde unter anderem den voraussichtlichen Auswirkungen des Klimawandels gemäß § 75 Abs. 6 WHG Rechnung getragen.

Inhaltliche Grundlage für die Aufstellung und Aktualisierung des Hochwasserrisikomanagementplans ist ein einheitlicher Maßnahmenkatalog der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA). Der sogenannte LAWA-BLANO Maßnahmenkatalog wurde zuletzt in den Jahren 2017/2018 fortgeschrieben.

Entsprechend § 35 Abs. 1 des UVPG wurde eine Strategische Umweltprüfung (SUP) durchgeführt und ein Umweltbericht erstellt.

Ein wesentlicher Bestandteil der Strategischen Umweltprüfung ist die im Zeitraum Februar bis April 2020 durchgeführte Festlegung des Untersuchungsrahmens (Scoping) für die Umweltberichte. Dabei wurden der Umfang und der Detaillierungsgrad der in den Umweltbericht aufzunehmenden Angaben abgestimmt. Das Scoping-Verfahren wurde durch die zuständigen Bezirksregierungen durchgeführt. Alle Rückmeldungen wurden bei den Bezirksregierungen gesammelt, koordiniert und ausgewertet. Die im Rahmen des Scoping-Verfahrens eingegangenen Stellungnahmen wurden bei der abschließenden Festlegung des Untersuchungsrahmens berücksichtigt, insbesondere bei der Bewertung der Umweltauswirkungen durch die Maßnahmen des landesweiten Maßnahmenkatalogs. Dabei ist wichtig zu berücksichtigen, dass jeder Maßnahmentyp einer allgemeingültigen Wirkungsanalyse unterzogen wird. Die konkreten Ausprägungen der Umweltwirkungen können erst im Rahmen konkreter Genehmigungs- und Zulassungsverfahren festgestellt werden.

Der auf Basis dieses abgestimmten Untersuchungsrahmens erarbeitete Umweltbericht kommt zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass zahlreiche Umweltziele bei einer Umsetzung der Maßnahmenplanung des Hochwasserrisikomanagementplans sowohl positiv wie auch negativ beeinflusst werden. Ausschlaggebend sind hier die Maßnahmentypen 315 bis 320, mit deren Umsetzung bauliche Eingriffe in und an Gewässern verbunden sind. Diese Maßnahmentypen (mit Ausnahme von dem Maßnahmentyp 319) sind im deutschen Einzugsgebiet der Maas vorgesehen. Die konkreten Auswirkungen auf die Schutzgüter können erst ermittelt werden, wenn die räumliche Verortung der Umsetzung dieser Maßnahmen feststeht. Aus diesem Grund ist es in den nachfolgenden Verfahren besonders wichtig, die gewählten, lokalen Maßnahmen zu prüfen und eine Alternativenprüfung durchzuführen. In den Umweltsteckbriefen zu den Maßnahmentypen finden sich zahlreiche Hinweise, wie negative Umweltauswirkungen vermieden, verringert oder ausgeglichen werden können.

Es gibt zahlreiche in den Teileinzugsgebieten vorgesehene Maßnahmentypen, die überwiegend positive Auswirkungen auf die Schutzgüter und Umweltziele haben. Dies sind die Maßnahmentypen 301-304, 308 sowie 310-312. Weitere Maßnahmentypen (306, 307, 309 sowie 322-325) sind in ihren Wirkungen auf die Schutzgüter überwiegend neutral.

Die jeweils planende Institution hat die bei der Durchführung des Plans auftretenden erheblichen Umweltauswirkungen zu überwachen. Alle konkreten Vorhaben zur Umsetzung von Maßnahmen müssen im Rahmen der vorgeschriebenen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren explizit auf deren Umweltwirkungen auf das Gewässersystem geprüft werden, u. a. im Hinblick auf das Verschlechterungsverbot gemäß Wasserhaushaltsgesetz. Die Gewässerzustände werden nach der Wasserrahmenrichtlinie zudem stetig überwacht.

3 Berücksichtigung des Umweltberichts einschließlich der Stellungnahmen von Behörden und Öffentlichkeit

Der Umweltbericht zum Hochwasserrisikomanagementplan wurde als zentrales Dokument der Strategischen Umweltprüfung (SUP) in Abstimmung mit den Behörden und unter Beteiligung der Öffentlichkeit erstellt. Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden wurde folgendermaßen sichergestellt:

- Der Entwurf des Hochwasserrisikomanagementplans mit Entwurf des Umweltberichts wurde im Zeitraum vom 22. März 2021 bis zum 22. Juni 2021 bei den jeweils zuständigen Behörden sowie zusätzlich auf der Internetseite www.flussgebiete.nrw.de öffentlich ausgelegt.
- Die zuständigen Behörden in den Staaten, die an die Bearbeitungsgebiete der Flussgebietseinheit Maas angrenzen, wurden im März 2021 von der Bezirksregierung Köln auf schriftlichem Wege gebeten, das Vorhaben in ihrem Staat in geeigneter Weise bekannt zu machen und sich bis zum 22. Juni 2021 zum Entwurf des HWRM-Plans für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Maas zu äußern (grenzüberschreitende Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung). Dazu wurden die Anhörungsunterlagen der zuständigen Stelle im Nachbarstaat zugänglich gemacht und ergänzend Zusammenfassungen des HWRM-Plans sowie Umweltberichts in der Landessprache zur Verfügung gestellt.

Nach Abschluss der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung wurden alle eingegangenen Stellungnahmen und Äußerungen gesichtet und hinsichtlich ihrer Relevanz für die Darstellungen und Bewertungen im Hochwasserrisikomanagementplan und Umweltbericht systematisch ausgewertet und geprüft. Über die Art und Weise der Berücksichtigung dieser Stellungnahmen haben die jeweils zuständigen Behörden gemeinsam entschieden.

Insgesamt sind 27 Stellungnahmen mit Bezug zum Hochwasserrisikomanagementplan Maas und zugehörigem Umweltbericht eingegangen. Darunter fanden sich zum Beispiel Stellungnahmen von Kommunen, Privatpersonen, Verbänden, Wirtschaftsunternehmen sowie eine Stellungnahme aus einem Nachbarstaat. Alle eingegangenen Stellungnahmen mit direktem Bezug zum Hochwasserrisikomanagementplan Maas und zum Umweltbericht wurden für die Endfassung beider Planwerke berücksichtigt. Aus diesen Stellungnahmen resultierten jedoch nur wenige Anpassungen. Des Weiteren wurden die landesweit eingegangenen Stellungnahmen, die keinen direkten flussgebietsspezifischen Bezug hatten aber grundlegende Fragen des Hochwasserrisikomanagements ansprachen, auch in den Planwerken für die Flussgebietseinheit Maas berücksichtigt. Hieraus resultierten vor allem Anpassungen in den Umweltsteckbriefen zu den Maßnahmentypen im Umweltbericht. Insbesondere die Bewertung der Auswirkungen der Maßnahmen 313 – 317 im Hinblick auf das Schutzgut Wasser wurden angepasst. Damit werden die Auswirkungen einer Maßnahmenumsetzung auf das Schutzgut

Wasser kritischer eingeschätzt (von „positive Wirkungen“ zu „positive und negative Wirkungen möglich“). Zahlreiche weitere Hinweise in den Stellungnahmen betrafen lokale und regionale Gegebenheiten, die sich nicht auf die Darstellungen des Hochwasserrisikomanagementplans oder des Umweltberichts auswirken. Diese werden in den Hintergrunddokumenten (z. B. Kommunensteckbriefe) aufgegriffen und dort eingearbeitet bzw. in der landesweiten Strategie berücksichtigt.

4 Begründung für die Annahme des Hochwasserrisikomanagementplans nach Abwägung mit den Alternativen

Im Hochwasserrisikomanagementplan werden alle Aspekte des Hochwasserrisikomanagements für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Maas betrachtet. Der Hochwasserrisikomanagementplan ist damit ein zentrales Instrument zur Koordination der Maßnahmen zur Verringerung der hochwasserbedingten Risiken für die menschliche Gesundheit, die Umwelt, das Kulturerbe und die wirtschaftlichen Tätigkeiten. Die Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen trägt maßgeblich zur Erreichung der auf Bundesebene gesetzten Ziele für das Hochwasserrisikomanagement bei.

Die Maßnahmenplanung beruht auf dem bundesweiten LAWA-BLANO Maßnahmenkatalog und umfasst auf der übergeordneten Ebene des Hochwasserrisikomanagements in den Bearbeitungsgebieten sich gegenseitig ergänzende und alternative Maßnahmen. Die Auswahl der jeweils relevanten Maßnahmentypen in den Bearbeitungsgebieten erfolgte durch die zuständigen Behörden gemeinsam mit den für die Maßnahmenumsetzung zuständigen Akteur*innen aus den verschiedenen Handlungsfeldern des Hochwasserrisikomanagements. Sie richtet sich dabei nach der spezifischen Risikosituation im Bearbeitungsgebiet und dem sich daraus ergebenden Handlungsbedarf in Bezug auf Vermeidung von Hochwasserrisiken, Schutz, Vorsorge und Nachsorge. Insbesondere bei einer Umsetzung der Maßnahmentypen 315 bis 320, mit deren Umsetzung bauliche Eingriffe in und an Gewässern verbunden sind, können negative Wirkungen auf die Schutzgüter des UVPG auftreten. Diese Maßnahmentypen sind in beiden Bearbeitungsgebieten vorgesehen. Wie diese Maßnahmen konkret vor Ort zum Tragen kommen, ist weiteren Planungsschritten vorbehalten. Im Umweltbericht zum Hochwasserrisikomanagementplan werden rahmensetzende Aussagen zur Bewertung der Umweltfolgen und hinsichtlich zu beachtender Aspekte dargelegt. Diese sind bei der abschließenden Standort- und Maßnahmenwahl zu berücksichtigen.

Die lokalen Umweltauswirkungen lassen sich in der Regel nur unter Berücksichtigung detaillierter Daten mit räumlichem Bezug und nach Kenntnis von genauen Planunterlagen abschließend bestimmen. Sofern sich erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen ergeben, sind in den nachgeordneten Genehmigungsverfahren Alternativen zu prüfen.

Änderungen und Anpassungen aufgrund von Ergebnissen der Überwachungsmaßnahmen können im Rahmen der regelmäßigen Fortschreibung des Hochwasserrisikomanagementplans nach dem Jahr 2021 vorgenommen werden.

5 Aufstellung der Überwachungsmaßnahmen (Monitoring)

Die erheblichen Umweltauswirkungen, die sich aus der Durchführung des Hochwasserrisikomanagementplans ergeben, sind gemäß § 45 UVPG zu überwachen, um insbesondere frühzeitig unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können.

Zur Erfüllung der Anforderungen können bestehende Überwachungsmechanismen, Daten- und Informationsquellen genutzt werden (§ 45 Abs. 5 UVPG). Mit Hilfe des vorliegenden Messnetzes in Nordrhein-Westfalen lassen sich die Umweltauswirkungen auf Ebene des Hochwasserrisikomanagementplans im Allgemeinen hinreichend genau ermitteln. Ein zusätzlicher Überwachungsbedarf kann sich gegebenenfalls bei der Maßnahmenumsetzung in den nachgeordneten Verfahren ergeben und muss in diesen dann definiert werden. Im Rahmen der Überprüfung des Hochwasserrisikomanagementplans können bei Bedarf alle sechs Jahre Anpassungen und Nachbesserungen vorgenommen werden.

Hinsichtlich der Entwicklung zukünftiger Hochwasserereignisse und deren Schäden hat Nordrhein-Westfalen jeweils bestehende Hochwasserwarn- und -meldesysteme, die auf entsprechende Abrufe der Pegel- und Niederschlagsmessstellen beruhen.

Für das Schutzgut Wasser wird auf das Überwachungssystem und Monitoring aus der Wasserrahmenrichtlinie verwiesen.

Die Überwachung von Schutzgebieten auf Grundlage von EG-Richtlinien (Natura 2000-Gebiete, Badegewässer) erfolgt entsprechend der jeweiligen Richtlinie bzw. der spezialrechtlichen Vorgaben (z. B. EG-Badegewässer-Richtlinie).

Mit der Überprüfung des Hochwasserrisikomanagementplans alle sechs Jahre findet eine Umsetzungskontrolle der Maßnahmenplanung statt. Gleichzeitig werden im Zuge einer gegebenenfalls erforderlichen Aktualisierung alle erheblichen Veränderungen der Risikosituation, insbesondere für die Schutzgüter Mensch, Umwelt (im Sinne der HWRM-RL), Kultur- und Sachgüter, erfasst.